

## **Rechtslage in Bezug auf digitale Medien aus Sicht der Inhaltsersteller und Inhaltsvermittler in der öffentlichen Bildung**

In dieser Studie möchten wir untersuchen, wie die aktuellen Rechtsnormen die Erstellung und Bearbeitung digitaler Inhalte im Rahmen der Digitalisierung der Lehre beeinflussen.

**Methode:** Literaturrecherche und -analyse, Befragungen

### **Motivation**

Die Diskussion zur Digitalisierung der Lehre hat während der COVID-19 Pandemie nach einigen Stillstandjahren wieder stark an Bedeutung gewonnen. Als die Lehre wegen pandemischen Restriktionen nicht in Präsenz stattfinden konnte, haben wir erfahren, wie die öffentliche Bildung nach jahrzehntelangen Diskussionen über die Digitalisierung auf die Distanz- bzw. Onlinelehre unvorbereitet war. Nach den Erfahrungen mit der Pandemie soll die digitale Transformation der Lehre in der öffentlichen Bildung nun intensiv erforscht werden. Dazu sollen u. a. neue digitale Medien erstellt bzw. bereits existierende digitale Inhalte in der Lehre eingesetzt werden. Die Erstellung und Nutzung der digitalen Medien haben dabei unter den bestehenden gesetzlichen Regelungen zu erfolgen. Diese gesetzlichen Rahmenbedingungen beeinflussen das Tempo der Entwicklung von digitaler Transformation.

### **Beschreibung**

In diesem Zusammenhang beschäftigen wir uns mit folgender Forschungsfrage: Wie wird die Erstellung und Bearbeitung digitaler Inhalte im Rahmen der Digitalisierung der Lehre durch die aktuellen Rechtsnormen beeinflusst? Um diese Forschungsfrage zu adressieren führen wir (1) eine Literaturrecherche und -analyse durch und (2) sammeln empirische Daten durch Befragungen bei den Inhaltserstellern und -vermittlern.

Die Literaturrecherche bezieht sich auf die Identifikation der Rechtslage und Rechtentwicklung zu (1) Digitalen Medien und (2) Bildungsrecht auf (a) regionaler Ebene (Sachsen), (b) Bundesebene und (c) EU-Ebene. Im nächsten Schritt werden diese auf potenzielle Hemmungen und Förderungen bei der digitalen Transformation in der öffentlichen Bildung analysiert. Hierbei wird die Hochschulbildung hervorgehoben und der Fokus auf Offenheit und Barrierefreiheit gelegt.

Zudem werden die Praktiker (Adressaten von Rechtsnormen) nach ihren Erfahrungen mit den Rechtsnormen befragt, die Aussagen dokumentiert und analysiert. Insbesondere werden die Beteiligten in Verbundvorhaben 2022/2023 des AK E-Learning Sachsen, die sich im Rahmen ihrer Projekte mit der Erstellung und Weiterbearbeitung der digitalen Inhalte befassen, befragt.

### **Innovation**

Es sind in den letzten Jahren mehrere Publikationen zum Thema Digitalisierung der Lehre entstanden. Diese befassen sich jedoch vorwiegend mit verwaltungstechnischen Transformationen der Lehrstrategien und pädagogisch orientierten Adaptierungen in neuer, digital gestützter Realität. Die rechtlichen Aspekte werden außer Acht gelassen oder nur grob umrissen. Auch bei der Analyse der Ursachen von Hemmungen bei der digitalen Transformation in der öffentlichen Bildung werden die rechtlichen Aspekte meistens nicht berücksichtigt. Bei den vorläufigen Analysen haben wir auch kein Werk identifiziert, welches den aktuellen Stand zu den Rechtslagen bei digitalen Medien in Bezug auf öffentliche Bildung explizit erfasst. Darüber hinaus möchten wir mit dem Bezug auf regionalen Ebenen mit unserer Studie die digitale Transformation der Lehre in der Region Sachsen unterstützen.

## Ergebnisse

In der Vorstudie haben wir bereits einige Rechtsnormen identifiziert, mit denen wir uns demnächst vertieft befassen werden. Auf der EU-Ebene ist z. B. die Entwicklung des Gesetzes über digitale Dienste (Digital Services Act) zu beachten. Des Weiteren ist u. a. der Einfluss der Marrakesch-Richtlinie (EU - 2017/1564) auf die Erstellung von digitalen Medien zu analysieren. Es wird zudem die Rechtslage zu Medienrecht u.a. zur Konvergenz der Medien analysiert und auf Landesebene wird sich u.a. mit dem Schulrecht für berufsbildende Schulen und Schulen des zweiten Bildungswegs im Freistaat Sachsen befasst. In der Studie werden wir im Rahmen der Recherche und Beobachtung die Liste der aktuellen Rechtsnormen systematisch ergänzen.

## Referenzen

Bundesministerium der Justiz (2019), *Gesetz zur Umsetzung der Marrakesch-Richtlinie über einen verbesserten Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken zugunsten von Menschen mit einer Seh- oder Lesebehinderung* [Online]. Abgerufen unter: <https://www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Marrakesch-Richtlinie.html> (letzter Zugriff am 16.05.2022).

Degenhart, C. (2014), *Konvergente Medien zwischen Europäischen Union, Bund und Ländern. Herausforderungen für Medienecht und Medienpolitik*. Schriftenreihe der SLM, Band 27.

Handke, J. (2020), *Handbuch Hochschullehre Digital. Leitfaden für eine moderne und mediengerechte Lehre*. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, Tectum Verlag 2020.

Rat der EU (2022), *Gesetz über digitale Dienste: Vorläufige Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament, um das Internet zu einem sichereren Raum für Menschen in Europa zu machen*. Pressermittlung von 23.04.2022 [Online]. Abgerufen unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/04/23/digital-services-act-council-and-european-parliament-reach-deal-on-a-safer-online-space/> (letzter Zugriff am 16.05.2022).

Sältze, S.; Vogt, L.; Blank, J.; Scholz, I.; Karossa, N.; Stratmann, R.; D'Souza, T. (2021). *Entwicklungspfade für Hochschule und Lehre nach der Corona-Pandemie. Eine qualitative Studie mit Hochschulleitungen, Lehrenden und Studierenden*. 1. Auflage. Tectum Verlag 2021.

Unger, F. (Hrsg.) (2019), *Schulrecht für berufsbildende Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges im Freistaat Sachsen*. Textsammlung. Ausgabe 2019/2020, SV Saxonia Verlag, Dresden.